GENDER OPEN REPOSITORIUM

Studiengebühren – und alles wird gut? Auswirkungen von Studiengebühren auf die Chancengleichheit von Frauen :

Weber, Regina

2006

https://doi.org/10.25595/1809

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weber, Regina: *Studiengebühren – und alles wird gut? Auswirkungen von Studiengebühren auf die Chancengleichheit von Frauen :* , in: Femina Politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 15 (2006) Nr: 1, 128-130. DOI: https://doi.org/10.25595/1809.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Studiengebühren – und alles wird gut?

Auswirkungen von Studiengebühren auf die Chancengleichheit von Frauen

Regina Weber

Die deutsche Diskussion um Studiengebühren ist in letzter Zeit an ihrem Höhepunkt angekommen. In drei Bundesländern befanden sich Gesetzesentwürfe zur Einführung allgemeiner Gebühren im parlamentarischen Verfahren: in Niedersachsen wurden sie Anfang Dezember 2005 per Haushaltsbegleitgesetz verabschiedet, in Hamburg und im Saarland haben die Landesregierungen Eckpunkte zur Einführung von Gebühren beschlossen. Die Auswirkungen von allgemeinen Studiengebühren sind in den letzten Jahren in vielfältiger Weise diskutiert worden: Die GegnerInnen haben immer wieder auf die soziale Selektivität hingewiesen. Befürchtet wurden auch negative Auswirkungen auf die nicht an ökonomischer Verwertbarkeit orientierten Inhalte in Forschung und Lehre sowie auf das Bildungsverständnis in den Hochschulen. Die BefürworterInnen sehen in den Gebühren einen Steuerungsmechanismus, der die Hochschulen marktwirtschaftlicher werden lässt und von den Studierenden eine Investition in ihr eigenes Humankapital verlangt. Die Frage nach spezifischen Auswirkungen von Studiengebühren auf Frauen stand in der öffentlichen Debatte zumeist im Hintergrund. Im Folgenden soll anhand zweier Thesen gezeigt werden, dass Studiengebühren fatale Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit sowohl im Hochschulsystem als auch in der gesamten Gesellschaft haben.

Frauen verschulden sich stärker und langanhaltender als Männer

Die bisherigen Gesetzesentwürfe sehen die Einführung von nachlaufenden Studiengebühren vor. Pro Semester sollen bis zu 500 Euro an die Hochschule gezahlt werden.[1] Dabei sollen die Studierenden die Möglichkeit bekommen, ein Darlehen aufzunehmen und dieses zu üblichen Zinskonditionen nach Abschluss des Studiums zurückzuzahlen, zum Teil abhängig von ihrem späteren Einkommen. Damit wollen die Landesregierungen sicherstellen, dass niemand aus finanziellen Gründen von einem Studium abgehalten wird. Diejenigen Studierenden, die die Gebühren zum aktuellen Zeitpunkt nicht finanzieren können, sollen sich das Geld bei der jeweiligen Landesbank oder einem anderen Kreditinstitut leihen. Was im ersten Moment als ein Mittel zur Abwendung von sozialer Selektion durch Studiengebühren daherkommt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen insbesondere aus geschlechterspezifischer Sichtweise als zentrales Problem. Hierfür gibt es zwei Gründe:

Frauen haben in der Regel bei gleicher Qualifikation ein geringeres Einkommen als Männer. Gleichzeitig haben sie auch häufiger Einkommensausfälle aus familiären Gründen, etwa durch Kindererziehungszeiten, gerade zu Beginn der Rück-

zahlungsphase. Dadurch werden Schulden nicht abbezahlt, sondern durch anfallende Zinsen weiter angehäuft. Ein anlässlich des niedersächsischen Gesetzentwurfs in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass sich bei einer Studienzeit von zehn Semestern und einer Verzögerung des Rückzahlungsbeginn von nur zwei Jahren direkt nach dem Studienabschluss die Verschuldung abhängig vom jeweiligen Zinssatz zwischen 750 Euro und 1400 Euro erhöht (Dohmen 2005, 12). Dauert dieser Verdienstausfall – etwa verursacht durch Kindererziehung – längere Zeit an, wird sich auch die Verschuldung entsprechend weiter erhöhen. Genauso wird sich durch die Verzinsung auch ein späterer Verdienstausfall in Form eines stetig ansteigenden Schuldenbergs auswirken. Man kann die Rückzahlung der Gebührenschulden ohne weiteres mit einem Wettlauf mit der Zeit vergleichen.

Auch verschuldete Studentinnen ohne Verdienstausfall werden besonderen Benachteiligungen ausgesetzt. Die Rückzahlungsdauer hängt unweigerlich mit der Höhe der monatlichen Zahlungsrate zusammen. Diese wird aber vom Einkommen und damit vom zur Verfügung stehenden Geld abhängen. Der durchschnittliche Bruttolohn von Frauen beträgt etwa 20% weniger als die Entlohnung von Männern in vergleichbaren Berufen, bei wissenschaftlichen Tätigkeiten zum Teil noch weniger (Hinz/Gartner 2005, 25). Gleichzeitig sind deutlich mehr Frauen in Teilzeitarbeit beschäftigt, teils mangels anderer Beschäftigungsmöglichkeiten, in erster Linie aber weil sie Familie und Beruf vereinbaren müssen. Dadurch sind sie auch häufiger gezwungen, kleine Rückzahlungsraten in Anspruch zu nehmen, die einen längeren Rückzahlungszeitraum nach sich ziehen und damit aufgrund der Verzinsung die Gesamtschuldenbelastung weiter erhöhen.

Dies sind alles keine neuen Erkenntnisse. Die Einführung von nachlaufenden Studiengebühren in Australien hat vor einigen Jahren gezeigt, dass Frauen weitaus länger zur Tilgung der entstandenen Schulden benötigen. Dabei ist der dortige Unterschied keineswegs gering: Im Durchschnitt werden die Studentinnen 51 Jahre an ihren Hochschulschulden bezahlen im Vergleich zu 17 Jahren, die ihre männlichen Kommilitonen benötigen (NTEU 2003). All diese Elemente werden sich auf die finanzielle Situation von Frauen nach dem Studium und damit direkt auf ihre Lebensqualität auswirken. Dadurch wird die Einführung von Studiengebühren vor allem junge Frauen von der Aufnahme eines Studiums abschrecken.

Studiengebühren schrecken Frauen stärker von einem Studium ab als Männer

Seit der Zulassung von Frauen zum Hochschulstudium zu Beginn des letzten Jahrhunderts ist der Anteil von Frauen an den Studierenden bis auf einzelne Ausnahmejahre kontinuierlich gestiegen (Statistisches Bundesamt 2005, 12). In den letzten Jahren begannen mehr Frauen ein Hochschulstudium als Männer. Im Laufe einer wissenschaftlichen Karriere verändert sich dieses Verhältnis mit jeder Stufe hin zu einer deutlichen männlichen Dominanz. Mit der Einführung von Studiengebühren ist zu befürchten, dass auch der Anteil an Studienanfängerinnen wieder sinkt. Dies wird

sich im Laufe der Zeit auch auf die weiteren Stufen der Hochschullaufbahn auswirken. Damit wären im schlimmsten Fall alle gleichstellungspolitischen Bemühungen der letzten Jahre vergebene Mühen gewesen. Warum werden Frauen übermäßig von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt? Es ist in vielen Familien noch immer nicht an der Tagesordnung, dass die eigenen Kinder unabhängig vom Geschlecht gleiche Bildungschancen haben. Vielfach ist die Sorge um Nachwuchs und eine eigene Familie, die von einem Vater ernährt werden will, Grund genug, einer guten Ausbildung von Söhnen eine höhere Priorität einzuräumen als der einer Tochter. Für junge Frauen aus finanziell schwächeren Familien mit mehreren Kindern kann das heißen, dass sie bei der Frage nach einem Studienplatz gegenüber ihren Brüdern zurückstecken müssen.

Seit 2002 sinkt der Anteil der Frauen, die nach der Schule ein Studium aufnehmen wieder, nachdem er zuvor kontinuierlich angestiegen war. Ebenfalls in diesen Zeitraum fällt der Beginn der Diskussion um Langzeitstudiengebühren in vielen Bundesländern. Auch wenn die bisherigen Untersuchungen den direkten Zusammenhang dieser beiden Phänomene nicht nachweisen, ist eine solche Vermutung keineswegs unbegründet. Für junge Frauen spielt in vielen Fällen die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor bereits bei der Berufswahl eine gewisse Rolle. Die Aussicht, nach einem abgeschlossenen Studium mit einem Schuldenberg eine Beschäftigung zu beginnen, die bei zeitweiligem Verdienstausfall oder bei einer Teilzeitbeschäftigung kaum zum Abbau der Schulden beitragen kann, lässt ein Studium wenig attraktiv erscheinen.

Die Einführung von Studiengebühren wirkt dem Abbau von geschlechtsspezifischen Diskriminierungen von Frauen diametral entgegen. Es werden sich weniger junge Frauen für ein Studium entscheiden. Das wiederum hat signifikante Auswirkungen auf die Beteiligung von Frauen im Wissenschaftsbereich. Auf der einen Seite bedeuten weniger Studentinnen automatisch auch einen Verlust an potenziellen Doktorandinnen und damit auch Professorinnen. Damit werden geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Wissenschaft fortgesetzt. Auf der anderen Seite beeinflusst die Studienentscheidung auch die persönliche Situation und das weitere Leben jeder Einzelnen. Die Entscheidung gegen ein Hochschulstudium wird sich auch auf die spätere Einkommenssituation der Frauen auswirken. Dadurch können gerade althergebrachte Rollenmuster wieder gestärkt werden, der Mann steht in einer entsprechenden Verantwortung als Ernährer der Familie. Somit trägt eine geringere Bildungsbeteiligung von Frauen unweigerlich zur Stärkung eines aus emanzipatorischer Sicht absolut inakzeptablen Ernährer-Hausfrauen-Modell bei.

Anmerkungen

1 Bayern und Nordrhein-Westfalen überlassen den Hochschulen die Entscheidung über die Höhe der Gebühren, in allen anderen Ländern sind 500 Euro pro Semester im Gesetz verankert.

Literatur

Dohmen, Dieter, 2005: *Eine Analyse des Studiengebührenmodells der niedersächsischen Landesregierung*. Köln 2005.

Hinz, Thomas/Gartner, Herrmann (Hg.), 2005: *Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. IAB-Discussion Paper Nr. 4/05. Nürnberg.

National Tertiary Education Union (NTEU) (Hg.), 2003: *Students Pay More, Universities Get Less, the Government Pockets the Difference*. Internet: http://www.nteu.org.au/news/2003/2003/ 5030 (28.2.2006).

Statistisches Bundesamt (Hg.), 2005: *Hochschulstandort Deutschland 2005*. Wiesbaden.

Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten

Andrea Löther

Ende November 2005 veröffentlichte das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) die erste Fortschreibung des Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten, nachdem ein solches Ranking erstmals 2003 publiziert worden war. Was können Rankings im Hochschulbereich leisten? Rankings sind ein System von Kennziffern, mit denen eine Gesamtheit von Organisationen – im Fall des CEWS-Rankings von Hochschulen – flächendeckend und vergleichend beschrieben wird (Giebisch 2005). Sie bilden als externes Verfahren einen Gegenpol zur Selbstevaluation. Die Kennziffern selbst können zwar auf Stärken und Defizite für einzelne Bereiche hinweisen, sagen jedoch nichts über Ursachen aus. Rankings sind damit ein Instrument der Qualitätssicherung.

Ziele und Adressaten

Die Erfüllung des Gleichstellungsauftrages gehört zu den Kriterien, an denen die Qualität von Hochschulen gemessen wird. Bisherige Hochschulrankings berücksichtigen die Dimension Gleichstellung jedoch kaum. Diese Lücke soll mit dem CEWS-Hochschulranking geschlossen werden. Ein Ranking, das den Fokus auf Chancengleichheit legt, reagiert damit auf den Umstand, dass Gleichstellungspolitik an Hochschulen ein eigener Politikbereich geworden ist, der eigenständiger Instrumente bedarf. Ziel des CEWS-Rankings ist es, den Hochschulen und dabei insbesondere den Hochschulleitungen Anhaltspunkte zu geben, ihre Ergebnisse und Fortschritte in der Gleichstellung bundesweit zu vergleichen. Zugleich gibt das Ranking Hinweise, wie Gleichstellungsaspekte in andere Rankings integriert werden können.